

9. Sitzung des Duisburger Stadtrates am 21. September 2015

Wie immer wurden die Ratsmitglieder auf dem Burgplatz lautstark von Demonstranten begrüßt. Diesmal war es vor allem die Gewerkschaft Verdi, die die örtliche Politik dazu auffordern wollte, einen Kompromiss im Tarifstreit mit den Kindergärtner/innen zu suchen. Wie Duisburger Ratsmitglieder bei diesem überregionalen Thema Einfluss nehmen sollten, verschloss sich dem Beobachter jedoch. Während Verdi vor der Tür mit Rasseln, Sirenen und Trommeln lärmte, begrüßte der Oberbürgermeister die Ratsmitglieder mit einem Glas Sekt, weil er wenige Tage zuvor geheiratet hatte.

Diese 9. Sitzung des Duisburger Stadtrates war zur **Einbringung des Haushaltsplans für 2016** vorgesehen. In früheren Zeiten waren solche Sitzungen ausschließlich dazu da, dass der Oberbürgermeister und der Stadtkämmerer die Einbringung mit einigen Worten begleiteten, im Laufe der Jahre hat sich dieser Termin zu einer ganz normalen Ratssitzung entwickelt, diesmal (nur) mit 66 Tagesordnungspunkten in öffentlicher Sitzung und 7 Vorlagen in der anschließenden nichtöffentlichen Sitzung, bei denen es sich meist um städtische Grundstücksverkäufe o.ä. handelt.

Seine Rede zum Haushaltsplan für 2016 eröffnete der OB mit sichtbar zur Schau gestellter Begeisterung und Worten wie „voller Stolz“, „historisch“, „tolles Signal“, u.ä., denn es handelt sich um den ersten ausgeglichenen Haushalt seit 1992. Das heißt, dass sich die geplanten Einnahmen und die erwarteten Ausgaben im Jahr 2016 erstmals wieder die Waage halten (*sollen*). Bei aller Freude sollte man nicht vergessen, dass sich auf der Ausgabenseite nur Zinszahlungen finden, ein Abbau des Altschuldenbergs (über 2 Mrd. €) findet auch im kommenden Jahr immer noch nicht statt. Der Jubel gilt also nur der Tatsache, dass in 2016 keine neuen Schulden zur Erfüllung der städtischen Aufgaben geplant sind. Der Oberbürgermeister führte weiter aus, dass die Stadt so wieder „Freiheit und Autonomie“ erlangt.

Er erinnerte aber auch daran, dass der Haushaltsplan für das Jahr 2015 immer noch nicht von der Bezirksregierung (Finanzaufsicht) genehmigt wurde, obwohl er rechtzeitig erstellt und vorgelegt wurde. Allerdings, so der OB, zeigten sich dann die Folgen der Energiewende und der Stadtrat 'musste' in einem Nachtragshaushalt einen 200-Millionen-Euro-Kredit beschließen, um die Duisburger Stadtwerke zu stützen. Dafür, dass die Bezirksregierung daraufhin die Prüfung des Haushaltsplans nochmal genauer unter die Lupe nahm, äußerte der OB Verständnis, denn natürlich hat ein so großer zusätzlicher Kredit Auswirkungen auf die jährlichen Zinszahlungen.

Wieder lies es sich der OB nicht nehmen, die „Landesregierung Kraft“ in höchsten Tönen zu loben, weil sie den Stärkungspakt beschlossen hat und der Stadt bei den Flüchtlingen helfe. Wie zu erwarten, entschuldigte sich Oberbürgermeister Sören Link in diesem Zusammenhang dafür, dass er in der vorherigen Woche bei einem Gespräch in Berlin eine „falsche Wortwahl“ traf. Er bekräftigte aber, dass er „in der Sache“ bei seiner Forderung bleibe und deutlich machen wollte, dass Duisburg im Gegensatz zu anderen Städten doppelt belastet sei. Wie seit Jahren üblich folgte auch diesmal der Hinweis, dass die Stadt sehr unter Sozialleistungen und Ausgaben leide, die durch Gesetze von Bund und Land entstanden sind, wofür diese eigentlich die Kosten übernehmen müssten.

Dank der Gespräche vieler Oberbürgermeister und Kämmerer sei in Berlin und Düsseldorf aber schon viel erreicht worden, so dass Land und Bund inzwischen viel mehr Kosten tragen, als noch vor einigen Jahren. Zum Schluss seiner Rede erklärte der OB: *„Wir machen die richtige Finanzpolitik in Duisburg. Wir sparen uns nicht kaputt und überdrehen nicht die Steuerschraube. Die schwarze Null ist ein Meilenstein, auf den wir stolz sein können.“* Bei seinem Hinweis auf die Steuern vergas der OB vermutlich für einen kurzen Moment, dass Duisburg mit aktuell 855% die höchste Grundsteuer-B-Erhebung des ganzen Landes hat...

Stadtkämmerer Dr. Peter Langner erinnerte in seiner letzten Haushaltsrede (er geht im Januar in den Ruhestand), an seinen ersten Haushaltsplan im Jahre 2000. Noch 2009 hätte die Stadt ein Minus von 187 Mio. Euro verzeichnet, ausgelöst durch die Weltwirtschaftskrise. Bund, Land und der Duisburger Stadtrat seien dafür verantwortlich, dass ein Haushaltsausgleich schon in 2016 erreicht werden könne und nicht erst im Jahre 2021, wie im Stärkungspakt vorgesehen, weil *„alle 3 Akteure erstmals an einem Strang gezogen“* hätten.

Auch er lobte die „Regierung Kraft“, da sie den Stärkungspakt beschlossen und die Berechnung für die Schlüsselzuweisungen geändert hat. Duisburg erhält jetzt jährlich ca. 130 Mio. Euro mehr an Schlüsselzuweisungen, als noch vor einigen Jahren. Die von Rot-Rot-Grün im Stadtrat beschlossene Erhöhung der Grundsteuer B wird ca. 58 Mio. Euro mehr einbringen. Der Kämmerer lobte den Mut des Rates hierfür ausdrücklich. Auch der Bund übernimmt inzwischen deutlich mehr Kosten als vor einiger Zeit und entlastet den städtischen Haushalt jährlich mit weiteren 34 Mio. Euro. Zuletzt forderte Dr. Langner die komplette Kostenübernahme für die Flüchtlingsunterbringung durch Land und Bund.

Der Haushaltsplan für 2016, der Stellenplan und die Veränderungsnachweisung des Oberbürgermeisters werden jetzt in den Bezirksvertretungen und in den Fachausschüssen diskutiert. In der nächsten Ratssitzung am 23. November soll der Plan beschlossen werden.

Da Stadtkämmerer Dr. Peter Langner nach 16 Dienstjahren bald in den Ruhestand geht, musste der Rat nun die öffentliche **Ausschreibung der Stelle des Kämmerers** beschließen. Der von der Verwaltung vorgeschlagene Ausschreibungstext war allerdings wenig konkret, so wird z.B. nicht auf spezifische Qualifikationen eingegangen. Die Fraktion der Linken beantragte daher eine Änderung, die Qualifikation und Erfahrung des Bewerbers präzisieren sollte. Alle kleineren Gruppierungen (Linke, Grüne, FDP, AfD, PSL, JuDu/DAL) schlossen sich diesem Änderungswunsch an. Dass SPD und CDU ausdrücklich dagegen stimmten, lässt vermuten, dass dieser Posten bereits „im Hinterzimmer diskutiert“ wurde und eine Präzisierung der Qualifikation und/oder Erfahrung hier nicht erwünscht ist.

Überraschend lange Diskussionen gab es auch beim **Sitzungsplan für 2016**. Wie inzwischen üblich, sollten (nur) 5 Ratssitzungen im kommenden Jahr beschlossen werden. Die Grünen beantragten einen monatlichen Sitzungsrythmus und die Linken plädierten für mindestens sieben Sitzungen. Die beiden FDP-Vertreter stimmten allen Wünschen zu, da auch sie davon überzeugt sind, dass mehr Sitzungstermine die Tagesordnungen verkürzen würden und intensivere Diskussionen zu wichtigen Themen möglich wären. CDU und SPD lehnten aber auch in diesem Fall alle Änderungswünsche ab. Der SPD-Fraktionsvorsitzende erklärte, dass jedes Thema schon ausgiebig in den zuständigen Bezirksvertretungen und Fachausschüssen besprochen und diskutiert wurde, so dass der Stadtrat dann nur noch die letztendlichen Beschlüsse fassen müsse, weitere und erneute Diskussionen wären in diesem Gremium überflüssig!

Ungewöhnlich viele Wortmeldungen gab es danach auch zu einer **Dienstreife des ersten Bürgermeisters** Manfred Osenger (SPD) in die Partnerstadt Portsmouth (GB), die in diesem Jahr u.a. Austragungsort des „America´s Cup“ war und zu diesem Anlass kurzfristig Vertreter der Partnerstädte eingeladen hatte. Vor allem von den Vertretern aus dem rechten Lager wurde kritisiert, dass die Vorlage bereits in Form eines Dringlichkeitsbeschlusses zwischen Oberbürgermeister und dem Fraktionsvorsitzenden der CDU beschlossen war. Es wurde nach den Kosten der Reise gefragt und um Erläuterungen gebeten, inwiefern die Teilnahme am „America´s Cup“ für unsere Stadt hilfreich wäre. Der OB antwortete, dass Reisekosten i.H.v. 300,- Euro angefallen sind und es durchaus üblich und verständlich sei, wenn Partnerstädte zu besonderen Ereignissen einladen. Nach dieser ungewöhnlich langen Fragerunde beschloss der Rat die Vorlage einstimmig.

Es folgten einige Neu- und Nachwahlen, so z.B. für die **Delegierten zum Städtetag NRW**, für die **Verbandsversammlung des Ruhrverbandes** (nicht RVR!), sowie **Ersatzdelegierte für die Emschergenossenschaft** und für die **Entwässerungsgenossenschaft LINEG**. In den beiden letztgenannten Fällen handelte es sich um Ersatzwahlen, weil Mitglieder von Grünen und Linken ausgeschieden sind. Normalerweise hat die „betroffene“ Fraktion dann das Vorschlagsrecht und der Rat stimmt dem kommentarlos zu. Dieser Tradition folgend benannten die Grünen dann auch ihren neuen Vertreter, während die Linken überraschend zwei Personen nominierten. In der anschließenden Wahl stimmte die SPD dann mit den Linken, so dass anstatt eines „grünen“ und eines „linken“ Delegierten nun zwei „linke“ Delegierte gewählt wurden. Empört kündigten die Grünen eine juristische Prüfung dieser Wahlen an, weil sie der Meinung waren, dass die SPD-Ratsmitglieder bereits ihre Stimmen bei den ursprünglichen Delegiertenwahlen im vergangenen Jahr „verbraucht“ haben und nun nicht nochmal für die Kandidaten der Linken stimmen durften - eine interessante Frage...

Es folgten **viele Ratstypische Beschlussvorlagen**, die wenig kommentiert wurden und alle nahezu einstimmig beschlossen wurden. So z.B. der Jahresabschluss und der Wirtschaftsplan der **„Revierpark Mattlerbusch GmbH“**, die Bestellung eines Abschlussprüfers für die **„Werkstatt für Menschen mit Behinderung“**, die Zusammenlegung der Beschulung der Ausbildungsberufe „Schiffahrtskaufmann“ und „Kaufmann für Spedition und Logistikdienstleistungen am **Walther-Rathenau-Berufskolleg** oder eine Änderung der **Entgeltordnung der VHS**, sowie eine Änderung der Satzung über die Erhebung (Erhöhung) der **Gebühren für die städtischen Obdachlosenunterkünfte**. Bei letzterem erläuterte Stadtdirektor Spaniel, dass die Obdachlosen meist keine Einkünfte haben, so dass das Sozialamt diese symbolischen Mietkosten übernehmen muss – hier zahlt also ein städtisches Amt an das andere.

Aus aktuellem Anlass standen auch wieder einige Vorlagen auf der Tagesordnung, die mit **Asylbewerbern** zu tun hatten. Unter anderem nahm der Rat einen Antrag der zuständigen Bezirksregierung Arnsberg zur Kenntnis, wonach die **Landesaufnahmeeinrichtung** im ehemaligen St. Barbara Hospital in Neumühl auf 800 Personen erweitert wird. Außerdem beschloss der Rat, dass an der Voßbuschstraße in **Baerl** (Lohmannsheide) eine zusätzliche zweigeschossige Anlage als Übergangsheim errichtet werden soll. Erwartungsgemäß meldete sich nur der Sprecher der Republikaner-Ratsgruppe bei diesen Themen zu Wort.

In diesem Zusammenhang sei erwähnt, dass sich nun auch der letzte Einzelvertreter von **ProNRW** von seiner Partei getrennt hat und nun parteilos im Rat sitzt. ProNRW, die im vergangenen Jahr mit einer vierköpfigen Fraktion in den Duisburger Stadtrat eingezogen sind, sind nun gar nicht mehr im Gremium vertreten - zwei Personen wechselten zu den Republikanern und zwei nehmen parteilose Einzelmandate wahr.

Ungefähr zur Halbzeit standen die „**Teilräumlichen Strategiekonzepte**“ auf der Tagesordnung. Im Jahre 2007 hatte der Rat beschlossen, einen neuen Flächennutzungsplan für das Duisburger Stadtgebiet zu erstellen und dazu das Projekt „**Duisburg 2027**“ ins Leben gerufen. Über diesen speziellen Teilaspekt, der das Plangebiet in Wohnraum und Gewerbeflächen unterteilt und der 2 Aktenordner umfasst, diskutierten die Mandatsträger fast ein Jahr. Immer wieder wurden Änderungen besprochen, zuletzt hatten die Bezirksvertretungen zahlreiche Änderungswünsche die von der Fachverwaltung größtenteils nicht übernommen wurden. Die Diskussionen verliefen dabei immer ähnlich, für die einen sind es zu viele Gewerbeflächen und zuwenig Grün, für die anderen zuwenig Gewerbe und zuviel Grün.

Dabei verstrickten sich die Fraktionen in Detailfragen und diskutierten über einzelne Quadratmeter. Um jede Frage und Position wirklich nachvollziehen zu können, hätte man wochenlang durch das gesamte Stadtgebiet reisen müssen, um sich jede einzelne Wiese anzusehen. Da so eine Arbeit nicht zu leisten war, vertrauten die FDP-Vertreter hier den Bezirksvertretern, die sich in ihren Stadtteilen genau auskennen und sicherlich nichts fordern würden, was ihrem Bezirk zum Nachteil gereichen würde. Gleichzeitig kann man der Verwaltung natürlich auch nicht vorhalten, sich nicht auszukennen und etwas negatives für die Stadt zu planen. SPD und CDU beschlossen mehrheitlich alles, was die Verwaltung vorschlug, die Freien Demokraten enthielten sich bei diesen Beschlüssen der Stimme.

Weil in Neudorf (im Bereich Ost-Eingang Hbf, Neudorfer Markt) erneut eine weitere Parkzone erschaffen wurde, musste die städtische **Gebührenordnung für Parkscheinautomaten** geändert werden. Alle kleineren Gruppen stimmten dagegen, während SPD, CDU, Grüne und Linke die neue Parkzone beschlossen und in die Gebührenordnung aufnahmen.

Für unabwendbare Instandsetzungsmaßnahmen an der **Hubbrücke Schwanentor** bewilligte der Rat 4,4 Mio. Euro und für eine zusätzliche Ersatzabspernung am **Marientor** nochmal 4,3 Mio. Euro. Beide Arbeiten duldeten keinen Aufschub und sind zur Hochwassersicherung der Duisburger Innenstadt nötig.

Diskutiert wurde dann wieder bei einer Vorlage, wonach die **restlichen Bäume (Platanen), die im Bereich des Hauptbahnhofes** stehen, gefällt werden sollen. Für jeden einzelnen Baum, der die Fällaktion vor einigen Monaten „überlebt“ hatte, hatte die Verwaltung einen ganz speziellen Planungsgrund, warum dieser leider nun nicht mehr zu erhalten sei. CDU, SPD, Linke und JuDu/DAL stimmten mehrheitlich für die Fällung, FDP, Grüne und die meisten anderen kleineren Gruppen dagegen.

Wie üblich folgten kommentarlos und nahezu einstimmig verschiedene **Bebauungspläne** im gesamten Stadtgebiet, z.B. in Hamborn, Homberg, Baerl, Dellviertel, Duissern, Neudorf-Süd, Wanheimerort, Buchholz und Hüttenheim. In den meisten Fällen werden diese B-Pläne erstellt, um die Eröffnung von Vergnügungstätten (Spielhallen und Wettbüros) zu verhindern, manchmal aber auch um die Ansiedlung von (weiteren) Discountern zu verhindern. In vielen Fällen hat sich im betreffenden Gebiet schon längst ein Discounter angesiedelt und es ist meist nicht nachvollziehbar, warum einem weiteren Discounter durch die Stadt die Ansiedlung an dieser Stelle verwehrt werden sollte, deshalb stimmen die Freien Demokraten meist gegen solche Verhinderungspläne.

Später stand dann ein gemeinsamer Antrag von Grünen und PSL auf der Tagesordnung. Die beiden Fraktionen wollten den **Ausbau von W-Lan-Netzwerken im Stadtgebiet** beschließen lassen, was Ratsherr Stephan Krebs von JuDu/DAL aufbrachte, da seine Fraktion dies bereits vor einem Jahr angeregt hatte und die Stadtverwaltung deswegen schon dabei

ist, Hot-Spots, private Helfer (z.B. der Verein „Freifunker“) und evtl. Fördergelder zu suchen. Grüne und PSL wollten sich also hier mit einem Thema schmücken, dass andere bereits „auf den Weg gebracht“ haben und sich nun als Initiatoren und Ideengeber darstellen. Die FDP-Ratsmitglieder fanden den Gedanken, öffentliche W-Lan-Netzwerke in der Stadt zu installieren, grundsätzlich gut und wünschenswert, zumal mit Hilfe privater Helfer und/oder Firmen, völlig unabhängig davon, wer diese Idee zuerst hatte und stimmten dem Antrag zu. Da aber auch SPD und CDU offenbar nicht wollten, dass eine kleinere Partei sich mit diesem Thema rühmt, erklärten sie den Antrag für obsolet und stimmten mehrheitlich dagegen.

Es folgte ein Antrag der Grünen, wonach die Stadt einer „*Rahmenvereinbarung zwischen dem Land NRW und den in der Vereinbarung genannten Krankenkassen zur Übernahme der Gesundheitsversorgung für nicht Versicherungspflichtige gegen Kostenerstattung...*“ beitreten sollte. Kurz gesagt forderten die Grünen eine **Gesundheitskarte für Flüchtlinge**. Hier entzündete sich eine lange Diskussion mit zahlreichen Wortmeldungen durch fast alle Fraktionen, aber nicht über die Gesundheitskarte an sich, sondern, weil das Thema bereits im Fachausschuss ellenlang diskutiert wurde und der Stadtdirektor zugesichert hatte, sich des Themas anzunehmen und alle Vor- und Nachteile abzuwägen. Diese Prüfung durch die Verwaltung konnte aber innerhalb einer Woche nicht erledigt werden, so dass der Antrag der Grünen in dieser Ratssitzung überstürzt wirkte und die Gemüter erregte. Auch hier konnte man sich des Eindrucks nicht erwehren, dass es mehr darum ging, wer später einmal sagen darf, „wir“ haben die Gesundheitskarte für Flüchtlinge beantragt und durchgesetzt... Nur die Fraktionen der Grünen und Linken stimmten dem Antrag zu, alle anderen dagegen.

Danach beschäftigte sich der Rat mit einem Antrag der Linken. Diese wollten, dass die beim **Streik der Kindergärtner/innen eingesparten Lohnkosten** nicht im städtischen Haushalt verbleiben, sondern für andere Anschaffungen innerhalb der Kindergärten eingesetzt werden. Der zuständige Dezernent Thomas Krützberg erklärte dem Rat, dass die Stadt 1,3 Mio. Euro eingespart hätte. Davon wurden bereits 350.000 Euro „Essensgeld“ an die Eltern zurück erstattet und es sollen weitere Kindergartengebühren an die Eltern erstattet werden. Außerdem seien durch die andauernden Tarifverhandlungen gravierende Lohnerhöhungen zu erwarten, so dass die Stadt in diesem Bereich demnächst mehrere Millionen Euro zusätzlich aufwenden muss. Nach diesem (logischen und hilfreichen) Statement stimmten nur die Linken selbst für ihren Antrag, alle anderen enthielten sich der Stimme oder lehnten ab.

Ebenso erging es einem weiteren Antrag der Linken, wonach der Duisburger Stadtrat die **Vereinigung der kommunalen Arbeitgeberverbände und die Gewerkschaften Verdi** und GEW auffordern sollte, in der Tarifaueinandersetzung im Sozial- und Erziehungsdienst alle Verhandlungsmöglichkeiten auszuschöpfen um erneute Streiks zu verhindern. Hier verhielten sich die übrigen Ratsmitglieder überraschend logisch und machten durch ihre breite Ablehnung des Antrags deutlich, dass dies eine Angelegenheit zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ist, in die die Politik sich nicht einmischen sollte und bei der der Duisburger Stadtrat selbst bei innigstem Wunsch keine Eingriffs- oder Steuerungsmöglichkeit besitzt. Bei derartigen „Schaufenster-Anträgen“ ist es nie sicher, wie der Rat entscheidet, manchmal sind schon weitaus überflüssigere Resolutionen gegen jede Logik beschlossen worden...

Um 19:00 Uhr schloss Oberbürgermeister Sören Link die öffentliche Ratssitzung und eröffnete den nichtöffentlichen Sitzungsteil, der nach knapp 10 Minuten auch beendet war.

Die nächste Sitzung des Duisburger Stadtrates ist erst wieder am 23. November 2015 geplant. Anschließend werden wir Sie wieder gerne und umfänglich informieren. In der Zwischenzeit wünscht Ihnen die FDP-Ratsgruppe schöne Herbstferien.